

Herr H.-P. Ersfeld begrüßt ausdrücklich, dass im Wirtschaftsplan die entsprechenden Finanzmittel in 2006 zur Verfügung gestellt werden sollen, damit nun endlich das Blockheizkraftwerk (BHKW) auf der Kläranlage gebaut werden könne.

Herr Dr. Peeters stellt die Frage in den Raum, wer den Schaden zu vertreten habe, der durch das nicht vorhandene BHKW bisher entstanden sei. Schließlich stelle ein solches BHKW bei den aktuellen Energiepreisen eine wirtschaftlich Lösung dar.

Die Frage von Herrn Siefer, welche Auswirkungen das Klageverfahren gegen die Schoeller Eitorf AG auf diesen aktuellen Wirtschaftsplan habe, bittet Herr Breuer zunächst zurückzustellen und unter dem TO.-Punkt 10 zu beantworten.

Herr H.-P. Ersfeld regt an, die Arbeiten im Zusammenhang mit den Anträgen für eine Vielzahl von neu zu stellenden Einleitungsgenehmigungen durch eigenes Personal durchzuführen. So könnten letztendlich 90.000 € gespart werden.

Hierzu entgegnet Herr W. Schmidt, dass die zum Jahresende auslaufenden Einleitungsgenehmigungen seitens der Bezirksregierung zunächst nur noch bis zum 30.06.2006 verlängert werden sollen. Aufgrund der umfangreichen Anforderungen an die entsprechenden Anträge aufgrund des BWK M3 sei hier z. B. auch der Fachverstand eines Biologen gefordert.

Herr Breuer ergänzt, dass Vorarbeiten, die von eigenen Kräften ausgeführt werden können, von diesen auch geleistet werden.

Auf Nachfrage ergänzt Herr Ottersbach, dass die Verlängerung der entsprechenden Einleitungsgenehmigungen zurückgestellt wurde, da nur eine Gesamtbetrachtung im Zusammenhang mit dem Generalentwässerungsplan Sinn mache, der jetzt kurzfristig fertiggestellt werde.

Im Zusammenhang mit der Neuanschaffung einer Rechengutwaschpresse regt Herr Fürbass eine Pressemitteilung an, in der noch einmal deutlich gemacht wird, dass die Toilette nicht als Müll-eimer genutzt werden dürfe.

Auf Nachfrage von Herrn Kolf erklärt Herr Breuer, dass zunächst vorsorglich ein Ansatz für die Herstellung eines Regenwasserkanals in der Straße „Heiderweg“ ausgebracht wurde. Komme es 2006 zu einem Ausbau, müsse zunächst über ein hydrogeologisches Gutachten geklärt werden, ob gegebenenfalls auf den Bau eines solchen Kanals verzichtet werden kann, wenn für alle Grundstücke die Möglichkeit besteht, das Niederschlagswasser auf den Grundstücken zu beseitigen.

Auf Frage von Herrn H.-P. Ersfeld erklärt Herr Breuer, dass in der mittelfristigen Finanzplanung für 2007 eine Verschlechterung der Liquidität durch geringere Kreditaufnahmen erwartet werde.

Auf Nachfrage des Ausschussvorsitzenden Müller erklärt Herr Breuer weiter, dass er für 2006 keine sonstigen Baukostenzuschüsse erwarte. Die Position beinhalte im Übrigen ausschließlich die seitens der Gemeinde gezahlten Zuschüsse im Zusammenhang mit Kanalbaumaßnahmen.

Nachdem kein weiterer Beratungsbedarf besteht, stellt Ausschussvorsitzender Müller den – wie für den Versorgungsbetrieb – ergänzten Beschlussvorschlag zur Abstimmung. Daraufhin beschließt der Werksausschuss: